

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 1/2005 ★ 13. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Januar 2005

Vorstand beriet nächste Aufgaben

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstands

Berechtigter Optimismus bestimmte die Sitzung des Vorstandes am 15. Dezember 2004. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Prof. Wolfgang Edelmann berichtete einleitend über das am 1. Dezember 2004 geführte erste Gespräch beim Bundesverwaltungsamt wegen der Bereitstellung dort vorhandener Daten zur Klärung der Einkommensverhältnisse der ehemaligen Angehörigen des MfS. Wie nicht anders zu erwarten, wurden in diesem Gespräch vor allem Vorbehalte und Bedenken gegen eine Herausgabe von Daten vorgebracht, z.B. Fragen der Datensicherheit und der Kosten. In einem Schreiben hat der Vorstand von ISOR e.V. zwischenzeitlich bereits konstruktive Vorschläge zu strittigen Problemen unterbreitet. Politischer Druck, insbesondere über Petitionen, bleibt aber weiter nötig.

Im Januar 2005 wird sich der Vorstand an die dann für die Dienstaufsicht über die Birlhler-Behörde zuständige Kultur-Staatsministerin wenden.

Mitglieder des Vorstands und vor allem die Landesbeauftragten, die in den letzten Wochen an zahlreichen Versammlungen in TIG teilgenommen hatten, berichteten übereinstimmend, dass die Beschlüsse der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 8.10.2004 in den TIG mit breiter Zustimmung aufgenommen wurden. Vielfach wurden die Orientierungen dieser Konferenz bereits in Initiativen umgesetzt, die sich vor allem auf die auch vom Vorstand als besonders wichtig eingestuften Probleme beziehen: Petitionen an den Bundestag und Mitgliedergewinnung.

Viele TIG haben es nicht bei allgemeinen Appellen belassen, sondern mit organisatorischen Festlegungen gezielt und mobilisierend Einfluss genommen, konkrete Anregungen und Hilfe bei der Abfassung von Petitionen gegeben. Erfreulicherweise hat sich der Zugriff auf unsere Internet-Seite www.isor-sozialverein.de seit Beginn des Jahres verdreifacht, und die angebotenen Hilfen für die Abfassung von Petitionen gehören zu den am häufigsten aufgerufenen Rubriken.

Jetzt gilt es nicht nachzulassen und eine möglichst hohe Zahl individueller Petitionen zu erreichen. Dem Petitionsausschuss des Bun-

destages gingen im Jahre 2002 insgesamt etwas mehr als 12.000 Petitionen zu, 2003 waren es mehr als 15.000 Petitionen, davon ca. ein Drittel zu sozialen Problemen. Jeder kann selbst nachrechnen, wie viel Prozent der ISOR-Mitglieder und -Sympathisanten Petitionen schreiben müssen, um allein durch die Zahl der Petitionen unsere Forderungen eindrucksvoll und nachhaltig zu unterstreichen.

Ein erster Erfolg zeichnet sich möglicherweise bereits ab. Der Petitionsausschuss teilte in den letzten Tagen mehrfach mit, dass das Verfahren zur Verweigerung der Datenherausgabe gesondert behandelt wird. (Inzwischen forderte die Birlhler-Behörde, ausgelöst durch bei ihr eingegangene Schreiben ehemaliger Mitarbeiter des MfS, ISOR auf, »ein diesbezügliches Ersuchen einzureichen und detailliert zu erläutern, welche konkreten MfS-Unterlagen zur Fertigung eines Gutachtens zu den Einkommensverhältnissen im MfS benötigt werden.«)

Eine Reihe von TIG haben zusätzliche Initiativen ergriffen und sich in Schreiben direkt an das Innenministerium, das Bundesverwaltungsamt und die Birlhler-Behörde gewandt. Der Vorstand begrüßt solche Initiativen, macht aber darauf aufmerksam, dass sie die individuellen Petitionen an den Bundestag nicht ersetzen können, die weiterhin den absoluten Schwerpunkt bilden müssen.

In Auswertung von Statistiken für die Zeit vom 1.4. bis 30.9.2004 beschäftigte sich der Vorstand mit der Entwicklung der Mitgliederzahl unseres Vereins. In diesem Zeitraum wurde ein Anstieg der Aufnahme neuer Mitglieder erreicht, so dass der Mitgliederrückgang gestoppt wurde. Signale aus zahlreichen TIG berechtigen zu der Annahme, dass im nächsten Halbjahr wieder ein Ansteigen der Mitgliederzahlen erreicht werden kann, wenn die von der außerordentlichen Vertreterversammlung angeregte Offensive zur Mitgliedergewinnung konsequent weiter geführt wird: Auch als eine politische Demonstration, dass wir gewillt sind, unseren Kampf, bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts fortzusetzen.

Eine positive Bilanz konnte der Vorstand auch über die Entwicklung der Mitarbeit von TIG in regionalen und örtlichen sozialen Bünd-

Der Vorstand der ISOR e.V. und die Geschäftsstelle bedanken sich für die übermittelten Weihnachts- und Neujahrsgrüße, die oft mit der Willensäußerung über die Fortführung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht sowie die Bereitschaft zu aktiver Unterstützung verbunden wurden.

Wir werden in diesem Sinne unsere Arbeit im Jahr 2005 beharrlich fortführen.

*Karl-Heinz Hypko
Geschäftsführer*

nissen bzw. Seniorenvertretungen ziehen. Es mehren sich die Beispiele, wo sich derartige Zusammenschlüsse die Forderung nach endgültiger Beseitigung des Rentenstrafrechts als Teil ihrer Programmatik zu eigen machen.

Der Vorstand nahm den Entwurf des Finanzplanes für 2005 entgegen, über den im Januar beschlossen werden soll. Dabei wird noch nicht konkret zu bestimmen sein, in welcher Größe sich die finanziellen Belastungen beziffern werden, die aus Datenherausgabe, -auswertung und -begutachtung entstehen. Wir sind gut gerüstet und überzeugt, auch die finanzielle Seite unseres Kampfes erfolgreich zu meistern.

GBM stiftet Ehrenabzeichen



Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde hat ein Ehrenabzeichen gestiftet, mit dem sie »verdiente Mitglieder und Unterstützer,« ... »die in ihrer öffentlichen Arbeit den Idealen des Friedens, der Solidarität und der Menschenrechte Gewicht verschaffen«, ehrt.

Zu den Erstausgezeichneten, die am 10. Dezember das Ehrenabzeichen entgegennehmen konnten, gehört auch der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton. Horst Parton brachte zum Ausdruck, dass damit gleichzeitig das unermüdliche Wirken der ISOR gewürdigt wird.

Erweiterte Präsidiumstagung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

Von Dr. Wolfgang Stuchly, Mitglied des Vorstands

Das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) hatte für den 9. Dezember 2004 zu einer erweiterten Tagung eingeladen. Neben den ständigen Vertretern der Verbände (seitens ISOR e.V. unser Vorstandsmitglied Dr. Gerhard Dylla) waren die jeweiligen Vorsitzenden der Vereine eingeladen. Unsererseits wurde diese Einladung vom Stellvertreter des Vorsitzenden, Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, sowie dem Pressesprecher des Vorstands, Dr. Wolfgang Stuchly, wahrgenommen. Der Präsident des OKV, Prof. Dr. Siegfried Prokop, begrüßte erstmals in diesem Kreise mit Prof. Dr. Lothar Bisky einen Vorsitzenden der PDS, der gemeinsam mit dem Ehrenvorsitzenden der PDS, Dr. Hans Modrow, zu dieser Beratung erschienen war. Lothar Bisky würdigte in seinen Ausführungen die inspirierende und organisierende Rolle des OKV sowie seiner 25 Mitgliedsverbände bei der Wahrnehmung der Interessen ehemaliger DDR-Bürger.

Er betonte den auch aus Sicht der PDS programmatischen Charakter des »Ostdeutschen Memorandums 2003«, das im Mai 2003 in Dessau verabschiedet worden war.

Die PDS wünsche eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den politisch unabhängig agierenden Verbänden und Vereinen. Er sähe vor allem vier Handlungsfelder möglicher gemeinsamer Arbeit, und zwar

1. den gemeinsamen Kampf gegen den massiven Sozialabbau im Rahmen der Agenda 2010 sowie Hartz IV und für soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage der »Agenda sozial« der PDS als mögliche Alternative,
2. die gemeinsame Kompetenz hinsichtlich der sogenannten neuen Bundesländer und deren Bevölkerung, vor allem, nachdem der »Aufbau Ost als Nachbau West« gescheitert ist,
3. die Gemeinsamkeiten zur Fortsetzung des traditionellen Kampfes der DDR für Frieden und Völkerverständigung, nunmehr im vereinigten Deutschland, und
4. die entschiedene Zurückweisung von Versuchen, den deutschen Faschismus zu verharmlosen, nationalistisches und revanchistisches Gedankengut zu reaktivieren und die DDR als »Folgediktatur« und »Unrechtsstaat« zu disskreditieren.

Im Zusammenhang mit zahlreichen sozialen Ungerechtigkeiten und Ausgrenzungen gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern betonte Bisky die notwendige Unterstützung des Kampfes gegen noch verbliebenes Rentenstrafrecht. »Die PDS ist erst dann zufrieden«, erklärte er, »wenn es kein Rentenstrafrecht mehr gibt«.

Bisky benannte Defizite, Mißverständnisse und Fehler der PDS in ihren Beziehungen zu Verbänden, Vereinen und Gruppen ehemaliger DDR-Bürger. Er sah darin auch Ursachen für negative Erscheinungen innerhalb der PDS und ihrer Darstellung nach außen, speziell im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 was sich dann auch im Verlust von Bundestagsmandaten widerspiegelte.

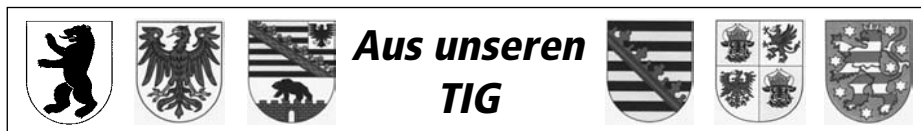
In einer lebhaften Diskussion zu seinen Ausführungen wurden seine Einschätzungen weitgehend bestätigt und unterstützt, in einigen Aussagen zugleich auch kritisch hinterfragt, so z.B. hinsichtlich von Inkonsequenzen der PDS bei der Zurückweisung von Verleumdungen der DDR und ihrer politischen Verantwortungsträger sowie ihre spürbare Zurückhaltung und der geringe Kooperationswille zu Gesellschaftswissenschaftlern, zu Kunst- und Kulturschaffenden, Sportlern und zu Mitgliedern von Blockparteien aus der DDR.

Weitgehend einig waren sich die Versammelten, dass solche Zusammenkünfte für alle Beteiligten informativ und orientierend sind und regelmäßig erfolgen sollten. Für viele Bürger in

Ost und West sei wünschenswert, wenn die PDS als Partei links von der SPD nach den Wahlen 2006 wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen würde, um als linke Opposition für soziale Gerechtigkeit und Demokratie sowie für Frieden und Völkerverständigung sichtbar und aktiv wirksam werden zu können.

Es wäre von großer Bedeutung, wenn es in der zunehmend globalisierten und neoliberalen Welt mit ihren vielfältigen politischen, militärischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Gefahren endlich gelänge, die Krise und die Zersplitterung der linksorientierten Kräfte zu überwinden. Der 2005 bevorstehende 60. Jahrestag der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus und der 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD sollten genutzt werden, in gemeinsamen Erklärungen, wissenschaftlichen Konferenzen und politischen Veranstaltungen eine kritische Bilanz und vernünftige Schlußfolgerungen aus der jüngsten deutschen Geschichte zu ziehen.

Die Vertreter der ISOR e.V. fanden die Kernaussagen unserer außerordentlichen Vertreterversammlung vom 8. Oktober 2004 in diesen größeren Zusammenhängen vollauf bestätigt. Wir wurden erneut und nachhaltig erinnert, unsere Aktivitäten stets in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu sehen und in die übergreifende Solidarität der Verbände einzuordnen. Dem engen Zusammenwirken der Verbände gebührt auch künftig höchste Priorität.



Der Sprecherrat des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in **Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen** hat in einem Schreiben an seine Mitgliedsverbände über den Aufruf des ISOR-Vorstands an seine Mitglieder informiert, sich mit massenhaften Petitionen an den Petitionsausschuss des Bundestages zu wenden. Der Sprecherrat brachte seine Auffassung zum Ausdruck, dass sich das Bündnis für soziale Gerechtigkeit als Sympathisant an dieser Aktion beteiligen sollte. Gleichzeitig übergab er die von ISOR gegebenen »Hinweise für Petitionen«.



Der Vorstand der TAG **Berlin-Marzahn** der GRH hat im Dezember 2004 seinen Mitgliedern einen Brief mit folgendem Inhalt geschickt: »... die weitere Zusammenarbeit mit uns verbundener Organisationen ist eine Orientierung der Vertreterversammlung. Dafür gab es auch Zustimmung in unserer Mitgliederversammlung. Jetzt aktuell ist das Anliegen von ISOR, die Straffrenten gegen ehemalige Angehörige des MfS endlich zu beseitigen. Dazu sind möglichst viele Petitionen an den

Bundestag erforderlich. Für alle, die sich mit diesem Anliegen solidarisieren wollen, möchten wir mit dem folgenden Muster Anregung und Orientierung für den möglichen Inhalt der Petition geben. Wir bitten Euch um soillidarisches Beteiligung.«

H.-J. Gläser, TIG Berlin-Marzahn



Die Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung in unserer TIG **Marienberg/Zschopau** lässt erkennen, dass unsere Mitglieder bereit sind, ihre Kampfbereitschaft bei der Beseitigung des Rentenstrafrechts weiter zu verstärken.

Der Vorstand hat nach der TIG-Versammlung im Oktober 2004 eine verstärkte individuelle Arbeit mit den Mitgliedern, welche Angehörige des MfS waren, durchgeführt, um zu erreichen, dass jedes Mitglied eine Petition erarbeitet. Die Vorstandsmitglieder unserer TIG geben dabei vor Ort Hilfe und Unterstützung.

Nach Erhalt unbefriedigender Antworten auf die Petitionen werden wir konsequent daran weiter arbeiten, dass unser Anliegen zur Rentengerechtigkeit endlich Gehör findet.

► Fortsetzung auf Seite 3

Darüber hinaus hat der Vorstand Material vom Beiratsmitglied Joachim Schaufuß zu einer Sammelpetition erhalten, wo wir alle Vereinsfreunde, Ehepartner, Freunde und Bekannte gewinnen wollen, mit ihrer Unterschrift ihre Solidarität mit unserem Kampf zu bekunden.

Hauptanliegen der Sammelpetition ist die Forderung zur Herausgabe der Unterlagen über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse im MfS durch das Bundesverwaltungsamt zur Erarbeitung weiterer Gutachten für das BVerfG. Unser Ziel ist, bis 06.01.05 diese vorgenannten Aufgaben abzuschließen.

Wir begrüßen die erneute Aufgabenstellung des Freundes Horst Parton, die Sicherung der notwendigen Datenbasis und deren Aufbereitung als anspruchsvolle Aufgabe höchster Priorität, die die erforderlichen Voraussetzungen für die Fortführung unseres juristischen Kampfes schafft.

Wenn wir alle unsere rechtmäßig zustehenden Altersrenten erhalten wollen, müssen wir

mit ganzer Kraft für unsere Rechte weiter kämpfen.

Martin Herrmann

★

Die Beratung der Vorstände aus den Kreisen **Salzwedel** und **Stendal** am 15.12.04 in Bismarck wertete das vierte Altmarktreffen aus und legte die Marschrichtung zum fünften Treffen am 10.09.05 fest.

Beratet wurde über den gegenwärtigen Stand bei der Absendung von Petitionen an den Bundestag und Ergebnisse der Zusammenarbeit mit der GRH, dem Bundeswehrverband, dem Bundesgrenzschutzverband und anderen, weiterhin die Einbeziehung nicht organisierter ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR, insbesondere ehemaliger Mitarbeiter des MfS, die noch nicht den Weg zu ISOR gefunden haben.

Hervorgehoben wurde die Mitarbeit der TIG Stendal im Sozialbündnis und die Teilnahme an den bisherigen Montagsdemos gegen Hartz IV sowie das Auftreten von Vorstandsmitgliedern bei den jeweiligen Abschlusskundgebungen.

Unsere Teilnahme im Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt findet ihren Höhepunkt im Volksentscheid am 23. Januar 2005. Die TIG-Vorstände der Altmark rufen alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR auf, beim Volksentscheid für den Gesetzentwurf des Bündnisses zu stimmen. Es geht um das Wohl der Kinder derer, die in dieser Gesellschaft an den sozialen Rand gedrängt wurden und von den Bildungsangeboten in den Kindertagesstätten ausgegrenzt werden.

Helmut Stefan, TIG Stendal

★

Kaffeeduft, Rosinenstollen und Kerzenschein – eine behagliche Atmosphäre in der Vorweihnachtszeit. Diese erlebten die Mitglieder der TIG **Prenzlau** und ihre Ehepartner. Während der letzten Mitgliederversammlung dieses Jahres zog TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenberg die Bilanz des ablaufenden Jahres. Mit einem neuerlichen Urteil vom Juni 2004 sei eine weitere Personengruppe aus dem Rentenstrafrecht entlassen worden, doch noch gebe es keine Rentengerechtigkeit für alle ehemaligen DDR-Bürger. Die Solidarität aller ISOR-Mitglieder ist deshalb weiter gefragt, um die Ungleichbehandlung zu beseitigen. Eine stabile Mitgliederentwicklung (z.Z. 51), interessante Veranstaltungen mit Tipps für den Seniorenalltag sind weitere Bilanzpositionen. Daran werde auch im kommenden Jahr angeknüpft. So wird es Hinweise zur Patientenverfügung und -vollmacht (März) und Auskünfte zur

Stadtentwicklung (Juni) geben. Antwort auf viel gestellte Fragen zur Rentenbesteuerung ab 2005 gab Günter Steinfeld von der AG Recht.

Benno Butschalowski

★

Am 4. Dezember führten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung der TIG **Waren/Röbel** zur Auswertung der Vertreterversammlung durch. Von den Mitgliedern und Ehepartnern gab es Zustimmung zu den Ergebnissen und Beschlüssen der Vertreterversammlung. Immer wieder kam zum Ausdruck, wir lassen uns nicht entmutigen und uns als Kampfgelährten auseinander bringen. Die Mitglieder stimmten den Empfehlungen für Petitionen zu, die von einer Arbeitsgruppe der TIG erarbeitet wurden und mit der Novemberausgabe **ISOR aktuell** allen Mitgliedern zugegangen war. Unter der Leitung des Vorsitzenden der TIG wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Mitgliedern bei der Erarbeitung von Petitionen Unterstützung geben soll.

Die Mitglieder wurden aufgefordert, Protestschreiben an die Birthler-Behörde und an das Bundesverwaltungsamt zu schicken und die Herausgabe erforderlicher Daten und Erkenntnisse zur Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS zu fordern. **Kurt, Roß, Vorsitzender**

Neujahrsansprache

Mal von einem Bürger an Regierung und Parlament

Eine neue Tradition für Neujahrsansprachen will unser Mitglied Heini Koch aus Mihla ins Leben rufen:

Die Neujahrsansprache eines Bürgers an Regierung und Parlament. Seine erste Ansprache in dieser Reihe haben wir auf unserer Internetseite unter »Leserbriefe« veröffentlicht.

Interessenten können sich schon den nächsten Jahreswechsel vormerken – die schönsten Beiträge werden veröffentlicht.

Hier eine Leseprobe:

...
Im Gegensatz zur Rede des Bundespräsidenten wird meine Rede nicht von allen Teilen der Bevölkerung lobend gewürdigt werden, ja teilweise sogar heftige Kritik hervorrufen. Dennoch bin ich mir sicher, dass ein weitaus größerer Teil der Bevölkerung meinen Aussagen zustimmen wird, als dies bei der Rede des Bundespräsidenten der Fall ist. Das liegt wohl darin begründet, dass meine Rede ehrlich ist, frei von Versprechungen, von denen man schon im Vorfeld weiß, dass es sich um leere Worthülsen handelt.

...

An die Regierung und das Parlament, einschließlich der Opposition sind die folgenden Sätze gerichtet. Sie haben im Jahr 2004 der Bevöl-

► Fortsetzung auf Seite 4

Der Text auf eine alte Melodie wurde von einem Mitglied des Ernst-Busch-Chores Berlin geschaffen. Dieser hat es in sein Repertoire aufgenommen. Mehr als ein Lied – ein Lebensmotto, das jung hält.

Wir sind von den Jungen die Alten

Text: Malte Kerber Musik: Klaus Schneider

Wir waren die Kinder des Kriegs
 und wir trugen den Frieden im Herzen.
 Die Straßen, sie waren von Trümmern gesäumt,
 mit Mut haben wir sie beiseite geräumt.
 Wir waren nicht verzagt, und wir haben es gewagt,
 die Zukunft, wir haben sie erträumt.

Wir waren so jung und voll Schwung,
 und wir bauten Fabriken und Städte.
 Aufs Dorf gingen wir, haben Saaten gelegt,
 die Heimat zu schützen, das hat uns geprägt.
 Wir waren motiviert und wir haben studiert,
 die Zukunft, sie hat uns bewegt.

Wir lebten und liebten und kämpften,
 wir wollten die Siege erzwingen.
 Hier war uns're Heimat, hier war unser Land,
 doch als man für's Volk keine Sprache mehr fand,
 da ging es zu Ende und reifte zur Wende ...
 Wir gaben das Land aus der Hand.

Wir leben jetzt in anderen Zeiten –
 mit Sorgen, mit Ängsten, mit Träumen.
 Doch wissen wir heute: Der Weg, den wir gegangen,
 weckt Hoffnung und Kraft für ein neues Verlangen.
 Drum hört alle zu: Ja, wir geben nicht Ruh',
 uns ist der Mut nicht vergangen!

Wir sind von den Jungen die Alten,
 durchlebten Stürme und Zeit.
 Schmerz kennen wir – doch Herz zeigen wir!
 Wir sind noch zum Kämpfen bereit!